

ISOR aktuell

Nummer 5/2004 ★ Infopreis 0,00 Euro ★ Mai 2004

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

»Rentengerechtigkeit jetzt«

von Horst Eismann, Mitglied des Vorstandes
und Landesbeauftragter für den Freistaat Sachsen

Dieser Leitgedanke war einer Sozialkonferenz der PDS-Landtagsfraktion am 15. März 2004 im Plenarsaal des Sächsischen Landtages vorangestellt. Der Einladung waren Vertreter der Sozialverbände, der Gewerkschaften und der Senioren der PDS aus Sachsen gefolgt, darunter über 40 Mitglieder der ISOR e. V. unter Leitung unseres Vorsitzenden Horst Parton. Über 300 Teilnehmer bekundeten ihr großes Interesse an dieser Konferenz.

Die PDS-Fraktion ist die einzige Fraktion im Sächsischen Landtag, welche sich im Zusammengehen mit Sozialverbänden und -vereinen sowie Seniorenen- und Gewerkschaftsvertretern für soziale Gerechtigkeit einsetzt.

Lothar Bisky, Vorsitzender der PDS, erklärte u. a.: »Die Würde des Menschen ist unantastbar (Artikel I GG) – Die Würde des Menschen in der BRD ist unantastbar, es sei denn, er ist alt, arm, arbeitslos, krank oder pflegebedürftig.«

Im Verlauf der Konferenz wurde auf das Nichtbeachten der sozialen Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung bei der Erarbeitung der vorliegenden Reformen hingewiesen und eindeutig das Ziel der Reformen benannt:

»Umverteilung der finanziellen Mittel zu Gunsten der Wirtschaft, der Versicherungen und des Finanzkapitals.«

Zur Agenda 2010 gibt es brauchbare Alternativen. Lothar Bisky stellte einen ersten Vorschlag für ein Modell zur solidarischen Rentenreform zur Diskussion. Schwerpunkte des Modells:

1. Einführung einer Mindestrente von 800 EUR (Bedingung: 30 Jahre in Rentenversicherung

eingezahlt und 15 Entgeltpunkte erworben, dafür bekommt man einen Rentengrundbetrag, der 30 EP entspricht.) Damit werden geringe Beiträge infolge von Erwerbsbiographien mit der Solidarität der Gesellschaft ausgeglichen.

2. Schrittweise Umgestaltung zu einer Erwerbstätigtenversicherung und Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze.



3. Der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung soll stabil langfristig 25 % der Einnahmen der Rentenversicherung betragen. Die demografische Lage im Jahr 2030 oder gar 2050 kann heute noch gar nicht eingeschätzt werden, und damit ist die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors zur Beschneidung der Renten unsozial. Es müssen die Bedingungen für einen Bevölkerungszuwachs verändert werden, damit wieder mehr Kinder geboren werden.
4. Anrechnung von drei Jahren Kindererziehungszeiten und Alterssicherung von Frauen und Männern im Zusammenhang mit geleiste-

ter Familienarbeitszeit. Dies schließt aktive Maßnahmen zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit ein.

5. Bindung der Sozialabgaben der Unternehmen nicht an die Lohnsumme sondern an die Wertschöpfung als Berechnungsgrundlage.

6. Herstellen der Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West. Schließung der bestehenden Gerechtigkeitslücken in der Rentenberechnung, wie sie bei der Überführung der DDR-Renten in bundesdeutsches Recht entstanden sind. Beseitigung der Strafreten. Dies alles bis zur Bundestagswahl 2006.

In seinem Diskussionsbeitrag betonte der Vorsitzende der ISOR e.V. Horst Parton: »Wir betrachten den Vorschlag der PDS als ein alternatives Rentenmodell zur Rentenreform der Bundesregierung. Die Empörung und die Wut der Menschen über den unverfrorenen Sozialabbau ist groß. An uns allen wird es liegen, ob wir dieses Potential für die objektiv erforderlichen Protestbewegungen nutzen können. Dabei dürfen wir die bei vielen Menschen vorhandene Resignation auf der einen Seite und gewisse Selbstzufriedenheit auf der anderen Seite nicht übersehen. Schön wäre es, wenn sich die Sozialverbände und -vereine zu einheitlich geschlossenen Aktionen entschließen könnten. Die heutige Konferenz ist bereits jetzt als ein Erfolg zu betrachten, weil es erstmals gelungen ist, dass zahlreiche Sozialverbände, Verbände und Vertreter der Gewerkschaften nicht nur Teilnehmer der Konferenz sind, sondern sich einheitlich und solidarisch im Handeln gegen den Sozialabbau zeigen.

Wir sind fest entschlossen, unseren politischen Protest massiv fortzusetzen, konstruktiv und sachlich an der Überwindung allen Rentenunrechts und -strafrechts mitzuwirken.

Wir werden nicht Ruhe lassen, bis für die ehemaligen Zusatz- und Sonderversorgten und alle Menschen in den neuen Bundesländern eine rasche Angleichung der Lebens- und Einkommensverhältnisse Ost an West erfolgt,

- der Rentenwert Ost an den Rentenwert West in kürzester Zeit angeglichen wird,
- Menschen mit Auffüllbeträgen nicht mehr bei Rentenanpassungen benachteiligt werden,
- Nullrunden bei der Rentenanpassung der Vergangenheit angehören,

► Fortsetzung auf Seite 2

**Am 15. Mai 2004, um 12.00 Uhr, findet am Brandenburger Tor eine Kundgebung
der Senioren gegen Sozialabbau statt.**

Der Vorstand der ISOR e.V. ruft seine Mitglieder zur Teilnahme auf!

- die Dynamisierung besitzgeschützter Zahlbeträge nach der Anpassungsrate Ost und nicht nach West gesichert ist,
- die Rentenungerechtigkeit gegenüber dem mittleren medizinischen Personal, den Ballerittänzern/innen, den Postlern und Eisenbahnnern, den Blinden und Sehschwachen bestätigt ist.

Wir werden nicht Ruhe lassen, bis für die ehemaligen Angehörigen

- der NVA, der Grenztruppen, des MdI, des Zolls und des Staatsapparates die jetzigen

Bestimmungen des § 6 Absatz 2 und 3 des AAÜG aufgehoben werden;

- des MfS/AfNS eine annehmbare günstige Neuregelung des § 7 Abs. 1 AAÜG erfolgt, was nichts anderes heißt als Rente bis zur Beitragsbemessungsgrenze und eine schnelle gesetzliche Regelung zur Sicherung ihres Rechts auf Dienstbeschädigungsausgleich gemäß eines Urteils des BVG erfolgt.«

ISOR e. V. reiht sich aktiv in den Kampf für soziale Gerechtigkeit ein. Bei den bevorstehen-

den Wahlen können wir mit unserer Stimme machtvoll unserem Wollen Ausdruck verleihen. Wegschauen und Wahlverzicht helfen nicht.

Nachtrag:

Der Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) hat sich der in **ISOR aktuell** 4/04 veröffentlichten »Gemeinsamen Erklärung von Verbänden« für ein großes soziales Bündnis gegen weiteren Sozialabbau angeschlossen.

Gerichtsreport

Vorlagebeschluss zur Kürzung auf 1,0 Entgeltpunkte

von Prof. Dr. Wolfgang Edelmann

Am 26.4.2004 hat die 18. Kammer des Sozialgerichts Berlin unter dem Vorsitz von Richter Rudnik ein Klageverfahren gegen den Entgeltbescheid des Bundesverwaltungsamtes und den Rentenbescheid der BfA zur Vorlage beim Bundesverfassungsgericht ausgesetzt (Art. 100 GG). Das Gericht hält die Begrenzung der Arbeitsverdienste der Angehörigen des MfS auf das Durchschnittsentgelt (1,0 Entgeltpunkte) für die Zeit ab 1.7.2001 für verfassungswidrig, weil diese Regelung nicht nach der Qualifikation der Betroffenen unterscheidet. Dadurch würden sie gegenüber DDR-Bürgern außerhalb des MfS mit gleicher beruflicher Bildung verfassungswidrig ungleich behandelt (Verletzung des Gleichheitsgebots gem. Art. 3 GG). Dies stelle einen verfassungswidrigen Eingriff in ihren durch Art. 14 GG geschützten Eigentumsanspruch auf Rente dar. Deshalb sei auch das Rechtsstaatsgebot nach Art. 20 GG verletzt. Das Gericht sah sich zu seinem Vorlagebeschluss befugt, weil das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil von 1999 nichts dazu ausgeführt hat, dass die Begrenzung auf 1,0 Entgeltpunkte verfassungsgemäß ist. Es hat vielmehr dem Gesetzgeber eine günstigere Regelung offen gelassen.

Wie das Bundesverfassungsgericht, stellte auch das Berliner Sozialgericht Anhaltspunkte dafür fest, dass die Arbeitsverdienste im MfS im Allgemeinen und wohl aus politischen Gründen höher lagen als für vergleichbare Tätigkeiten außerhalb des MfS. Es habe deshalb wie das Bundesverfassungsgericht keine Bedenken, dass solche Teile des Gehalts im MfS bei der Rentenberechnung nicht berücksichtigt werden. Das könnte auch nicht durch die Untersuchung jedes einzelnen Falles, sondern nur durch eine pauschale Regelung verwirklicht werden.

Unter diesen Voraussetzungen sah das Berliner Gericht vor allem die Absolventen von Fach- und Hochschulen unter den ehemaligen Angehörigen des MfS benachteiligt, weil einem so qualifizierten Bürger außerhalb des MfS schon durch das Gesetz deutlich über 1,0 Entgeltpunkte liegende Rentenansprüche zugelassen werden (Werte der Anlagen 13 und 14 SGB VI), die für Hochschulabsolventen sogar die Beitragsbemessungsgrenze erreichen oder überschreiten.

Die Argumentation des Berliner Gerichts ist eine Möglichkeit, die Verfassungswidrigkeit der 1,0-Regelung nachzuweisen. Sie lässt aber unberücksichtigt, dass auch das Einkommen von Fach- und Hochschulabsolventen aufgrund der tatsächlich erbrachten unterschiedlichen Arbeitsleistung in unterschiedlichen beruflichen Positionen unterschiedlich hoch ausfällt. Die Werte der Anlagen 13 und 14 SGB VI weisen nur den Durchschnitt für die jeweilige Qualifikationsgruppe aus.

Deshalb gehen wir und mit uns die Rechtsanwälte Bleiberg und Schippert weiterhin von der Anpassung des im MfS erzielten Arbeitsverdienstes nach dem Verhältnis des Einkommensniveaus im MfS zu dem der übrigen Bevölkerung aus. Dadurch könnten auch Facharbeiter mit überdurchschnittlicher Arbeitsleistung überdurchschnittlich hohe Renten beziehen und Fachschulabsolventen die Beitragsbemessungsgrenze erreichen.

Das Berliner Gericht konnte in einem Musterverfahren einen Fall verhandeln, in dem der Nachweis erbracht wurde, dass der Arbeitsverdienst aufgrund der beruflichen Qualifikation und Tätigkeit vor Eintritt in das MfS und auch während der Zeit der Tätigkeit als Offizier im besonderen Einsatz weit überdurchschnittlich

hoch war. Auch das trug zu seiner Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit der 1,0-Regelung bei.

Wir wissen wie das Berliner Gericht: das Bundesverfassungsgericht wird nur entscheiden, ob die 1,0-Regelung auf Dauer mit Art. 3 und 14 GG vereinbar ist oder nicht. Wenn es mit uns und dem Berliner Gericht diese Regelung schließlich für verfassungswidrig erklärt, wird es letztlich doch dem Gesetzgeber überlassen, wie er die für verfassungsgemäß gehaltene Anpassung der im MfS erzielten Arbeitsverdienste genau regelt.

Der Vorlage- und Aussetzungsbeschluss der 18. Kammer des Sozialgerichts Berlin ist ein wichtiger Erfolg auf dem Weg zum Bundesverfassungsgericht. Er hat erfahrungsgemäß ein höheres Gewicht als Verfassungsbeschwerden, verleiht diesen damit aber auch größere Bedeutung. Wie die Erfahrung aus der Zeit des Kampfes um mehr als 0,7 Entgeltpunkte zeigt, ist solch konsequentes Eintreten für Rechtsstaatlichkeit selten. Typisch ist das Suchen und Finden von Argumenten, um Klagen dieser Art durch abweisende Urteile schnell vom Tisch zu bringen. Davon lassen wir uns nicht beirren. Wir werden weiterhin darum kämpfen, dass möglichst alle Verfahren bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Ruhen kommen. Dieser Kampf bleibt schwierig. Nachdem 10 Verfassungsbeschwerden gegen Entgeltbescheide erhoben sind, konzentrieren wir uns darauf, in Musterverfahren auch Verfassungsbeschwerden gegen Rentenbescheide nach Karlsruhe zu bringen.

Nun muss das Bundesverfassungsgericht selbst darüber entscheiden, ob ihm ein erneutes Urteil erlaubt ist, weil Tatsachen oder Erkenntnisse von entscheidendem Gewicht vorliegen, die es 1999 noch nicht hatte. Darauf müssen wir unsere Argumente konzentrieren. Es wird auch mit diesem Urteil die konkrete Lösung dem Gesetzgeber überlassen. Das zeigt, wie bedeutsam alle Bemühungen sind, bei den politischen Entscheidungsträgern durch Briefe und Gespräche notwendige Einsichten zu erzielen.



Aus unseren TIG



Langfristig geplant und vorbereitet war es am 5. April soweit: In dem sehr gastfreudlichen Bürgerhaus der uckermärkischen Kreisstadt **Prenzlau** trafen sich zum ersten Male die Vorstände der TIG aus den Städten Angermünde, Eggesin, Pasewalk, Prenzlau, Schwedt und Templin zu einem Austausch von Erfahrungen.

Als Gäste nahmen daran auch der stellvertretende Vorsitzende der ISOR e.V. Prof. Dr. Horst Bischoff und der Geschäftsführer Karl-Heinz Hypko teil.

Begrüßt wurde auch der Abgeordnete des Kreistages Uckermark und des Prenzlauer Stadtparlaments, Hubert Moser (PDS). Dieser konnte bei den letzten Kommunalwahlen in der Kreisstadt die meisten Stimmen einfahren und ist besonders für sein soziales und kulturelles Engagement bekannt.

Die Berichte und Informationen aus den TIG machten deutlich: Wir werden weiter für Bewegung, für Rentengerechtigkeit sorgen. Dafür fördern wir den Zusammenhalt und die Solidarität. Erfreulich der Bericht aus der TIG Schwedt/Oder. Nach einer längeren Stagnation hat sich dort wieder ein Vorstand gebildet, regelmäßig gibt es Auskunftsstunden und die Mitgliederzahl ist auf 36 angewachsen.

ISOR trete nach wie vor für die vollständige Beseitigung des Rentenstrafrechts ein. Damit gehe es zugleich darum, das breite Spektrum des Widerstandes gegen die Agenda 2010 zu stärken, betonte Prof. Dr. Bischoff. Er verwies auf die alternative Rentenlösung der PDS.

Benno Butschalowski

★

Auf unserer Mitgliederversammlung der TIG **Stralsund** im März 2004 informierte der Landesbeauftragte Mecklenburg-Vorpommern Siegfried Felgner über den aktuellen Stand unseres politischen und juristischen Kampfes gegen alle Formen des sozialen Kahlschlags in unserem Land, insbesondere gegen die Beschneidung der sozialen Rechte der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe. Zustimmung fand in der Aussprache die Forderung der Redners, unseren Kampf zielstrebig und unter Einbeziehung weiterer gesellschaftlicher Kräfte fortzusetzen und eine Entsolidarisierung der ISOR-Mitglieder untereinander bzw. zwischen ISOR und anderen Interessenvertretungen nicht zuzulassen. Die Gewinnung neuer Mitglieder und der Ausbau der Beziehungen zu anderen Interessenvertretungen und Vereinen, sowie die enge und regelmäßige Verbindung zu den Abgeordneten der sich am 13.6.04 zur Wahl stellenden Parteien nehmen dabei einen entscheidenden Platz ein. Wir ge-

ben der Hoffnung Ausdruck, dass die Vertreter der von uns eingeladenen Parteien unsere Mitgliederversammlung im Mai 2004 nutzen werden, mit uns das Gespräch im Interesse der ISOR-Mitglieder weiter zu führen.

Manfred Maul

★

Die TIG **Plauen/Oelsnitz** wandte sich mit einer Erklärung, in der sie die Initiative des Vorstandes der ISOR e.V. (siehe ISOR aktuell 4/04) unterstützen, an den Bundeskanzler, die Bundesministerin für Gesundheit und soziale Sicherung, die vogtländischen Bundestagsabgeordneten sowie an Ostminister Stolpe, Bundestagspräsident Thierse, die Vorsitzenden der Parteien und der Bundestagsfraktionen sowie an Ministerpräsident Milbradt und die Sozialminister Sachsens.

Darin wird u. a. zum Ausdruck gebracht, dass sie den Fortbestand von Straffrenten und die andauernde Verletzung der Wertneutralität als Grundsatz im deutschen Sozialrecht 14 Jahre nach der deutschen Einheit trotz der Verfassungsgerichtsurteile vom 28. April 1999 für unerträglich finden. Sie kritisieren die Unfähigkeit des Gesetzgebers und der Exekutive, endlich Rechtsfrieden und Rechtsgleichheit im vereinigten Deutschland zu schaffen.

★

In unserer Mitgliederversammlung der TIG **Wolmirstedt** war der Magdeburger Rechtsanwalt Dr. Thomas Klaus zu Gast. Er hielt einen sehr interessanten und informativen Vortrag zu Fragen von Erbrecht, Testament und Patientenverfügung. Dazu gab es anschließend eine Reihe von Fragen, die sachkundig beantwortet wurden. Ein weiterer Tagesordnungspunkt beschäftigte sich mit der Auswertung des Gesprächs von Horst Parton im ND vom 27.2.04. Auf dieser Grundlage wurden alle Mitglieder aufgerufen, sich verstärkt um die Gewinnung neuer Mitglieder zu bemühen. In Vorbereitung ist ein Beitrag unseres Vorstandes zu diesem Problem in der örtlichen Presse. Durch unseren Freund Peter Kormeier wurden dem Vorstand drei Beitrittserklärungen übergeben.

Hugo Dietl

★

Am 17. April führte die TIG **Frankfurt/Oder** im Gebäude der Europa-Universität Viadrina ihre diesjährige Mitgliederversammlung durch. Fast 100 Vereinsmitglieder und Gäste folgten aufmerksam den Ausführungen unseres Vereinsvorsitzenden Horst Parton, der in sehr beeindruckender Weise über die Aufgaben unseres Vereins im Kampf für Rentengerechtigkeit sprach. Er machte deutlich, dass es für uns in

dieser Situation zwar hauptsächlich um die Beseitigung des Rentenstrafrechts geht, dieser Kampf aber noch mehr eingebunden sein muss in die immer stärker werdenden Aktionen gegen die Agenda 2010.

Er berichtete sehr eingehend über die Aktivitäten des Vorstandes zur juristischen Weiterführung unserer Verfahren, über Stand und Aussichten vor den Gerichten und forderte einmal mehr die Solidarität aller vom Rentenstrafrecht, aber auch der vom fortschreitenden Sozialabbau Betroffenen.

Als wichtigstes Fazit war zu entnehmen: Der Kampf um die Überwindung des Rentenstrafrechts, aber auch gegen weiteren Rentenklau und Sozialabbau ist bei weitem nicht hoffnungslos. Er erfordert aber, dass noch mehr vom Rentenstrafrecht Betroffene in unsere Reihen finden und das ihre Solidarität untereinander und mit den anderen gegen Sozialabbau kämpfenden immer stärker wird. Kräftiger Applaus bestätigte, dass die Botschaft bei den Versammelten angekommen ist.

In der anschließenden Diskussion sprachen ein Gast und vier Vereinsfreunde insbesondere zur Solidarität, die immer Herzenssache sein muss.

Im Schlusswort ging unser TIG-Vorsitzender nochmals auf den Willen auf das gemeinsame Handeln ein und betonte, dass es für niemanden einen Grund gebe, unsere Reihen zu verlassen; auch bei Finanzproblemen (Beitragszahlung) müsse sich lebendige Solidarität beweisen.

Klaus Ohmert

★

Am 21. April begrüßten die Mitglieder der TIG **Schwerin** auf ihrer Versammlung den Landesvorsitzenden der PDS von Mecklenburg-Vorpommern Peter Ritter sehr herzlich. Gäste waren auch Vertreter von TIG aus der näheren Umgebung und Abgesandte von mit ISOR im gemeinsamen Rentenkampf verbundenen Verbänden wie dem Bundeswehrverband – Kameradschaft Ost, dem BRH und der GBM.

Unsere Versammlung zum Thema Kommunal- und Europawahl, Regionalreform, Agenda 2010 – Agenda sozial sowie zum Rentenstrafrecht war ein voller Erfolg.

Wir werden mit der PDS Mecklenburg-Vorpommerns auch in Zukunft rechnen können, wenn es um unsere Belange geht.

ISOR-Landesbeauftragter Siegfried Felgner informierte im weiteren über die Briefaktion des ISOR-Vorstandes an die politischen Verantwortungsträger in der BRD. Neben dem Ministerpräsidenten des Landes und den Landtagsfraktionsvorsitzenden aller Parteien haben ihn

auch alle Bundestagsabgeordneten des Landes MV erhalten. Ein guter Anlass für alle TIG's, mit dem für ihren Wahlkreis zuständigen MdB/MdL in Kontakt zu kommen, um das Anliegen des Briefes des Vorstands zu befördern.

Hans D. Fiegert



Aus der Resolution der Mitglieder der TIG Mühlhausen

Im Mittelpunkt der Arbeit von ISOR steht die Unterstützung in der juristischen und politischen Auseinandersetzung mit dem Rentenstrafrecht.

Auch die Mitglieder unserer TIG haben sich seit der Gründung 1998 in umfangreicher Weise aktiv an diesem Kampf beteiligt, so in vielen persönlichen Schreiben an die Petitionsaus-

schüsse des Land- und des Bundestages sowie an Funktionsträger der verschiedenen Parteien. Aber auch in Gesprächen mit regionalen Abgeordneten wurden unsere Anliegen offensiv angesprochen.

Eine gute Unterstützung dabei war uns die sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelnde Zusammenarbeit mit den örtlichen Verbänden der GBM, des BRH und des DBWV. Dreimal im Jahr treffen sich Leitungsmitglieder und legen dabei die weiteren Aufgaben fest. Gemeinsam beteiligen wir uns an Protestaktionen gegen den Irakkrieg und gegen den geplanten Sozialabbau durch die Agenda 2010.

Trotz der erreichten Erfolge sind alle ehemaligen Angehörigen des MfS weiterhin auf die Rente eines Durchschnittverdiener (betrifft z.B. alle unsere TIG-Mitglieder) angewiesen.

Deshalb werden wir auch in Zukunft nicht ruhen und unsere speziellen Forderungen nach Beseitigung sozialer Ausgrenzung und noch bestehendem Rentenstrafrecht in den gemeinsamen Kampf der Vereine und Verbände einordnen...



Zum vierten Mal seit 1998 haben Vertreter der TIG **Stendal** am 3. April 2004 unser Transparent mit der Losung »Weg mit dem Rentenstrafrecht« durch die Straßen der Hauptstadt getragen. Die Teilnahme an derartigen Demonstrationen gibt immer wieder Kraft und macht Mut für die Weiterführung unseres Kampfes.

So wie wir unseren Anteil an den Besetzungen der 10 Busse des DGB hatten, waren wir auch am 1. Mai zur Maikundgebung des DGB in Stendal zum dritten Mal mit einem Infostand präsent.

Aus der Postmappe

In der Nacht vom 11. zum 12.3.2004 wurde, von Pressegetöse begleitet, ein Waggon der Deutschen Reichsbahn, der zu DDR-Zeiten für Transporte von Strafgefangenen gedient hatte, mit Hilfe von zwei Schwerlastkranen über die Umfassungsmauer in die ehemalige Untersuchungshaftanstalt des MfS gehievt.

Bestünden sachliche Bezüge zu der dortigen Einrichtung, wäre das nicht erwähnenswert. Den Wagen übernahm der umtriebige Leiter der »Mahn- und Gedenkstätte Hohenhöchhausen«, Hubertus Knabe, von dem »Opfer-Förder- und Dokumentationsverein Bautzen«. Was für eine Bewandtnis hatte es mit diesem Waggon? Mit Beginn der 50er Jahre setzte das Ministerium des Innern solche Eisenbahnwaggons für den Transport von Strafgefangenen ein – wie viele Jahre in Deutschland und anderen europäischen Staaten üblich. Verantwortlich für deren Einsatz war ausschließlich die Verwaltung Strafvollzug des Ministeriums des Innern. Der vermutlich von Strafgefangenen erfundene Jargonausdruck »Grotewohl-Express« nimmt bezug auf den Namen des ersten Ministerpräsidenten der DDR. Weder die Hauptabteilung Untersuchung noch die Abteilung Untersuchungshaftvollzug des MfS hatten damit jemals zu tun. Das MfS transportierte Häftlinge ausschließlich mit eigenen und eigens dafür eingerichteten Kraftfahrzeugen – nicht aber Schienenfahrzeugen.

Bereits die ersten Äußerungen am Bestimmungsort unterstellen, frei erfunden, es seien nur MfS-Häftlinge unter unmenschlichen Bedingungen – wie auch sonst? – hiermit transportiert worden. Die Absicht ist klar: Ein neues, Gänsehaut erzeugen sollendes »Beweisstück« gegen »MfS-Praktiken« ist gefunden. Wenn schon seit 1990 alles MfS war, warum nicht auch dieser Gefangenentransportwagen. Nun

wird den bisherigen Lügen in Hohenhöchhausen über angebliche »Folterzellen« und »Waszerzellen« eine weitere Lüge hinzugefügt.

Der Besuch solcher die Geschichte verfälschenden Einrichtungen soll staatlichen Bildungsvorstellungen zufolge sogar zur Schulpflicht erhoben werden. Geht es um Ablenkung von der sich zusätzlichen Misere der Gegenwart? Hat man Angst vor der Wahrheit über die DDR?

Dr. Karli Coburger



Nach Angaben der Medien (vom Kapital abhängig) gingen am 3.4.2004 über 500 000 Menschen in Deutschland auf die Straße, um gegen den Sozialabbau zu demonstrieren. In der Hauptstadt Berlin waren es allein 250 000, und es waren alle Generationen vertreten. Einen Generationskonflikt, wie uns die »Herrschenden« einreden wollen, ja wie sie ihn auch schüren, gab es nicht. Alle einte eins: dem Sozialabbau muß ein Ende bereitet werden – so kann es nicht weitergehen. Die rot-grüne Regierung, vom Volk gewählt, hat sich vom Volk abgewendet und sich voll und ganz dem Kapital untergeordnet. Gleicher gilt für die Oppositionsparteien CDU/CSU und FDP

Was können wir als Mitglieder von ISOR e.V. tun? Wer sich körperlich in der Lage fühlt, sollte montags wieder auf die Straße gehen und die Forderung nach »Stopp dem Sozialabbau« unterstützen. Wer sich in der Lage fühlt, zu Feder und Papier zu greifen, soll den Politikern seine Forderungen mitteilen.

Wer zur nächsten Wahl geht, soll genau abwägen, welchem Politiker und welcher Partei er seine Stimme gibt. Er soll wählen und nicht die Wahl verweigern. Und er soll vorher auf Wahlversammlungen den Kandidaten aufs Maul schauen, unter Umständen durch konkrete Nachfragen für Klarheit sorgen.

Mein Dank gilt den Organisatoren der Demonstration, »unserem« Busfahrer, welcher

uns sicher nach Berlin brachte und auch wieder zurück und den vielen tausenden Menschen auf den Straßen Berlins, die dem »Rück durch Deutschland Inhalt und Zuversicht geben.

Fritz Dost, Leipzig

Bei anderen gelesen

Am 18. April sprach Egon Krenz in Ziegenhals anlässlich des Geburtstages von Ernst Thälmann. In dieser bemerkenswerten Rede ging er auch auf die Lage in Ostdeutschland ein. Dazu führte er aus: *Ostdeutschland soll nun wieder »Zone« werden. So jedenfalls können wir es aus den Medien entnehmen. Dabei wird übersehen, daß dies schon Realität ist: Ostdeutschland ist besonderes Tarifgebiet. Ostdeutschland ist eine Sonderzone des Rechts. Für Ostdeutschland wurde das Rückwirkungsverbot aufgehoben. Eigens für Ostdeutschland wurde ein besonderes Rentenstrafrecht für »Staatsnahe« erfunden, es gibt keine Gleichheit der Deutschen, weder in der Beurteilung ihrer Geschichte noch bei ihren Lebensbedingungen. Die Arbeitslosigkeit und der Sozialabbau treffen hier die Bevölkerung am härtesten. Nun stellt ein Nachrichtenmagazin die Fakten auf den Kopf: Ökonomisch, so behauptet der Autor, wurde der »Westen im Zuge der Vereinigung zur Kolonie des Ostens«.*

Wer so schreibt, negiert Fakten und urteilt ideologisch. Was jetzt in Deutschland passiert, kann man nicht dem Erbe der DDR anlasten, sondern ist Resultat der gescheiterten Vereinigungspolitik. Wenn über die hohe Transfersumme gesprochen wird, sind mir sehr wohl auch die Anstrengungen der Westdeutschen bewußt, die dahinter stehen. Doch, es darf nicht vergessen werden, daß die Treuhand den Osten Deutschlands deindustrialisiert hat. Der dadurch verschuldete Rückgang der Produktion ist von Einmaligkeit in der deutschen

Geschichte. Nicht einmal infolge der beiden Weltkriege hat es einen solchen Rückgang der Industrieproduktion gegeben. 85 Prozent des DDR-Volksvermögens gelangte in die Hände des westdeutschen Kapitals. Und dies oftmals mit krimineller Energie. Wie die Preise dabei waren, erleben wir ja noch in der Gegenwart, wenn wir von Abfindungssummen für Manager oder Spesen für Bankdirektoren hören.

Bei der Vereinigung betrug das Volksvermögen der DDR 1,7 Billionen Mark der DDR. Nicht darin enthalten waren der Wert von vier Millionen Hektar Grund und Boden und der Wert von öffentlichen Gebäuden im In- und Ausland. Es bleibt mir ein Rätsel, wie aus dem Verkauf einer ganzen Volkswirtschaft nichts übriggeblieben sein soll als Schulden? Wer meint, der »Westen sei die Kolonie des Ostens«, sollte auch nicht vergessen, daß die DDR zu 98 Prozent die deutschen Reparationen an die Siegermächte leistete. Dafür hat sie von Bonn nie einen Ausgleich erhalten. Schließlich haben die DDR-Bürger leider auch

die von ihnen nicht verursachte hohe Inlandsverschuldung der Bundesrepublik geerbt. Was jetzt in Politik und Medien geschieht, ist ein großangelegter Versuch, Ostdeutsche gegen Westdeutsche und Westdeutsche gegen Ostdeutsche aufzuhetzen. So einigt man Deutschland nie! Quelle: junge Welt vom 19.4.04

SGB VI als § 109 eingeflossenen gesetzlichen Verpflichtung lediglich voraus.

Die Information enthält im wesentlichen Angaben über

- die Grundlagen der Rentenberechnung, d.h., es werden die aktuellen Entgeltpunkte festgestellt,
- den aktuellen Rentenanspruch bei voller Erwerbsminderung wegen gesundheitlicher Einschränkungen,
- die Vorhersage für die zu erwartende Rente mit dem 65. Lebensjahr in Form einer Hochrechnung nach den heutigen Werten, d.h., unter der Voraussetzung, dass sich der Rentenanspruch in den weiteren Jahren so entwickelt wie in den letzten 5 Jahren,
- die anzurechnenden Beiträge und Versicherungszeiten, die für die Ermittlung der Rente von Bedeutung sind.

Der erstmaligen Information liegt ein detaillierter Versicherungsverlauf bei, der wie in ei-

Die AG Recht informiert

Renteninformation – Neues vom Rentenversicherungsträger

Im Ergebnis der Reformgesetze der Jahre 2000 und 2001 erhalten alle Versicherten ab dem 27. Lebensjahr vom 1.1.2004 an jährlich eine schriftliche Renteninformation. Insgesamt betrifft das ca. 40 Millionen Bürger. Sie soll insbesondere den jüngeren Versicherten die Beurteilung der Notwendigkeit und den Umfang einer ergänzenden Altersvorsorge erleichtern. Bereits in den Jahren 2002/03 versandte Informationen gingen als Pilotprojekt dieser in das

► Fortsetzung auf Seite 6

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 97. Geburtstag:

Erna Irmer, Bln.-Treptow
Charlotte Schulz, Bln.-Friedrichsf.

Zum 94. Geburtstag:

Hugo Marr, Erfurt

Zum 93. Geburtstag:

Hans Klabunde, Bln.-Pankow
Elsa Mende, Dresden

zum 92. Geburtstag:

Johanna Nötzold, Chemnitz

zum 91. Geburtstag:

Elsa Quaas, Altenburg

zum 90. Geburtstag:

Hildegard Donner, Bln.-Treptow
Käthe Tempel, Suhl

zum 89. Geburtstag:

Ernst Herrmann, Bln.-Mitte

zum 88. Geburtstag:

Frieda Jahn, Magdeburg
Margarete Kohrt, Bln.-Hellersdorf
Walter Stehr,
Panketal, OT Schwanebeck

zum 87. Geburtstag:

Irmgard Weichan, Bln.-Lichtenbg.

zum 86. Geburtstag:

Margarete Beyermann,
Bln.-Köpenick
Friedrich Pahn, Cottbus
Richard Weißkopf, Bln.-Marzahn

zum 85. Geburtstag:

Erich Boldt, Bln.-Treptow
Paul Günther, Chemnitz
Giesela Koppen, Bln.-Friedrichsh.
Heinz Nieter, Potsdam-Stern

zum 80. Geburtstag:

Margela Asche, Bln.-Friedrichsh.
Werner Berger, Bln.-Prenzl. Berg
Hans Eckart, Bln.-Pankow
Margarete Falkenhain,
Bln.-Friedrichsfelde
Ingeborg Fleißner, Strausberg
Erhard Grötzsch, Bln.-Treptow
Charlotte Gruber, Chemnitz
Gertraud Hänsch, Bln.-Köpenick
Elfriede John, Dresden
Carmen Kaulfuß, Halle
Gertraude Kleps,
Bln.-Hohenschönhausen
Margarete Lamer, Bln.-Friedrichsf.
Carola Lieske, Bln.-Weißensee
Kurt Neubert, Zeuthen
Hanni Otto, Bln.-Friedrichshain
Elfriede Preller, Chemnitz
Walter Richter, Bln.-Friedrichsf.
Ursula Silz, Leipzig
Gerhard Strauch, Bln.-Karlshorst
Werner Struck, Gera
Hellmuth Tennert, Cottbus
Heinz Zug, Dresden

zum 75. Geburtstag:

Erich Abel, Bln.-Marzahn
Werner Albrecht, Königs Wusterh.

Irene Bach, Schwarzenberg

Hans Bähnig, Bln.-Friedrichsfelde
Ferdinand Beckmann, Schwerin
Ruth Bonk, Bln.-Marzahn
Hans Brunkau, Quedlinburg
Siegfried Buchert, Mittenwalde
Willi Dörnbrack, Neubrandenburg
Inge Eckert, Potsdam-West
Lothar Emmrich, Schwarzenberg
Wolfgang Faber, Bln.-Friedrichsh.
Edith Figura, Stralsund

Hans Filin, Bln.-Lichtenberg
Jutta Fritz, Bln.-Marzahn
Siegfried Gehler, Stralsund
Bruno Gerhardt, Strausberg
Agnes Geßner, Dresden
Manfred Hänel, Weißwasser
Manfred Halbauer, Chemnitz
Joachim Hauck, Bln.-Hohenschönh.
Werner Heinemann, Leipzig
Günter Henkel, Rostock
Hans Herzog, Klingenthal
Liesa Hoske, Bln.-Mitte
Günter Ihle, Olbernhau
Wolfgang Jedicke, Erfurt
Norbert Junker, Bützow
Artur Kebbedies, Rostock
Ursula Keiner, Benshausen
Edith Kneisel, Zwickau
Betti Köhler, Bln.-Prenzlauer Berg
Willi Kraft, Bln.-Marzahn
Fritz Krüger, Oranienburg
Rita Krüger, Bln.-Hohenschönh.
Helmut Kügler, Bansow
Kurt Kunze, Bln.-Köpenick

Ingrid Lange, Rostock

Wolfgang Lange, Bln.-Mitte
Siegfried Lein, Stollberg
Lore Leisentritt, Stralsund
Karl Liebert, Lutherstadt Wittenb.
Horst Limberg, Bln.-Lichtenberg
Hans Macholdt, Erfurt
Gertraude Möller, Suhl
Erich Mohr, Lutherstadt Wittenb.
Alfred Müller, Dresden
Hans-Joachim Nabbeleid,
Potsdam-Stern

Karl Päßler, Chemnitz
Günter Piltz, Erkner
Inge Pocher, Bln.-Friedrichshain
Georg Richter, Cottbus
Ursula Richter, Bln.-Friedrichsfelde
Ingrid Risto, Erfurt
Herbert Rösel, Jena
Karlheinz Schätzig, Magdeburg
Walter Schick, Bln.-Prenzlauer B.
Wolfgang Schiller, Neustrelitz
Helmut Schmidt, Leipzig
Alfred Seikert, Bln.-Hohenschönh.
Karl-Heinz Sommerer,
Bln.-Hellersdorf

Fritz Spohn, Frankfurt/Oder
Heinz Stengel, Guben
Johannes Tamme, Strausberg
Gert Thiede, Suhl
Manfred Tischer, Aschersleben
Alfons Tolksdorf, Bln.-Treptow
Franz Urbanczyk, Cottbus
Helmut Vofrei,
Bad Saarow/Pieskow
Rudi Wendt, Halle

nem Kontoauszug alle Zeiten im Einzelnen aufschlüsselt, er entspricht der Anlage 2 eines Rentenbescheides. Alle folgenden Renteninformationen enthalten nur noch die weiteren rentenrechtlichen Informationen.

Wichtig: Die Renteninformation ist kein Bescheid, sondern lediglich eine »Serviceleistung« der Rentenversicherungsträger. Auch wenn im Versicherungsverlauf für ehemalige Mitarbeiter des MfS/AfNS von den gekürzten Entgelten nach AAÜG ausgegangen wird, ist wegen des Charakters der Information ein Widerspruch nicht zulässig und auch nicht erforderlich. Sie steht unter dem Vorbehalt künftiger Rechtsänderungen und der Richtigkeit und Vollständigkeit der gespeicherten rentenrechtlichen Zeiten.

Die Prüfung der Renteninformation sollte im eigenen Interesse gründlich erfolgen. Der Versicherungsverlauf ist so übersichtlich gestaltet, dass zeitliche Lücken im Versicherungskonto leicht zu erkennen sind, deren Schließung anhand entsprechender Unterlagen möglichst bald beantragt werden kann.

Beginnend mit dem 54. Lebensjahr wird alle drei Jahre anstelle der Renteninformation eine Rentenauskunft erteilt. Ihr rechtlicher Charakter entspricht dem einer Renteninformation.

Der Vorstand teilt mit:

Der Vorstand nahm in seiner Sitzung am 28.04. eine Einschätzung zu den ersten Reaktionen auf die Briefe an politische Verantwortungsträger vor. Bisher liegen bereits Antworten von fünf Ministerpräsidenten und 10 Bundestagsabgeordneten vor, oft mit Verweisen auf Weiterleitung und Prüfung. Hervorzuheben ist die konstruktive Antwort der PDS-Abgeordneten Gesine Lötzsch, die im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten der beiden PDS-Vertreter im Bundestag unser Anliegen unterstützen möchte, u.a. durch Nutzung des Fragerechtes im Bundestag.

Prof. Dr. Wolfgang Edelmann informierte über die Verhandlung der 18. Kammer des Sozialgerichtes Berlin, in deren Ergebnis es zu einer Richtervorlage beim Bundesverfassungsgericht gekommen ist, die den dort bereits vorlie-

genden Verfassungsbeschwerden Nachdruck verleiht. (Vgl. Beitrag in dieser Ausgabe) Auch wenn es sich hierbei zweifellos um einen Teilerfolg in unserem Kampf handelt, sind Realismus und Nüchternheit bei seiner Bewertung angebracht. Abzuwarten ist zunächst die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in den sog. E3-Fällen.

Vom Vorstand wurde begrüßt, dass der Vorsitzende des Bundes der Ruhestandbeamten und Hinterbliebenen im Deutschen Beamtenbund (BRH), Herr Dr. Bartsch und seine Stellvertreterin Frau Müller, die Briefaktion von ISOR vorbehaltlos unterstützen und mit ISOR eine gemeinsame Position zur Frage der Rentenbesteuerung abstimmen wollen.

Der Vorstand diskutierte einen Bericht von Dr. Wolfgang Stuchly zum Thema Öffentlichkeitsarbeit und dankte ihm für seine Aktivitäten. Er unterstützte Überlegungen zu einer längerfristigen Planung von Themen, wobei aber eine schnelle Reaktion auf aktuelle Entwicklungen und die Orientierung an den Grundaufgaben von ISOR als Sozialverein gewahrt bleiben müssen.

Der Bericht des Vorsitzenden der Revisionskommission, Manfred Krumbholz, für das Jahr 2003 wurde vom Vorstand bestätigt. Kritisch vermerkt wurde, dass von einem Teil der TIG keine Revisionsberichte vorliegen. Die entsprechende Kontrolltätigkeit soll deshalb an der Basis unserer Organisation weiter verbessert werden.

Von Mitglied zu Mitglied

Ferienhaus in **Grunewald/Uckermark** mit 1 DZ u. 2 EZ – Tel.: 039883 - 386



Ferienhaus mit 2 DZ und 1 EZ in **Wehningen** hinter dem Elbdeich – Tel.: 038845-40071 – e-mail: vanden@web.de



Komf.FEWO/-Zi.*****, Prosp. anfordern
Schleusingen/Thür. 036841 47598 oder
www.thueringen.info/ratscherer-hoehe



Fehlerberichtigung: Die Tel.-Nr. zur FEWO in Dippoldiswalde. (Veröff. in Nr. 4/04) lautet richtig: 035 04 61 43 52

Am 15. April 2004 verstarb nach langer Krankheit das langjährige Mitglied des Vorstandes und des Beirates der ISOR e.V., Hans Luleich.

Wir verlieren mit ihm einen aktiven Mitstreiter, der maßgeblichen Anteil am Aufbau von ISOR in Sachsen-Anhalt hatte und sich mit ganzer Kraft für ISOR einzusetzte.
Der Vorstand

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

DIETER BADING, Drewitz
EBERHARD BAHLE, Bln.-Hellersdorf
RUDOLF BERGNER, Dresden
FRIEDRICH BETHGE, Magdeburg
WILHELM FENGER, Sielow
RUDI FIEDLER, Erfurt
GÜNTER FISCHER, Chemnitz
KARL-HEINZ GUDLOWSKI, Frankfurt/O.
ERHARD HÄNSCH, Bln.-Hohenschön.
KARL-HEINZ HILLER, Bln.-Lichtenberg
HANS-JÜRGEN HÖHNE, Stendal
RENATE HÖHNE, Bln.-Hohenschön.
ELFRIEDE HOFFMANN, Stendal
ANTON HOTZKY, Leipzig
KARL-HEINZ KEHNAPPET, Greifswald
HANS-JÜRGEN KLEBOW, Potsdam-West
FRITZ KOHLER, Magdeburg
ROLF KÖNNECKE, Magdeburg
HORST KRAMER, Zwickau
MARGOT KRUSE, Neubrandenburg
WOLF-DIETER KULISCH, Stralsund
HORST LINKE, Leipzig
THEO LUTTER, Neuhaus/Rennweg
MARGOT MEISSNER, Bernburg
ERHARD SCHWEDA, Tangerhütte
KURT SLUKA, Karlshagen
MARIANNE VOGEL, Gera
JOCHEN WEBER, Chemnitz
GERHARD WEGERICH, Wutike
KLAUS WEISE, Bln.-Friedrichsfelde
FRANK WOLFF, Stendal
HORST ZERBE, Chemnitz
ERIKA ZIMMER, Schwarzenberg
RENATE ZIMMERMANN, Chemnitz

Ehre ihrem Andenken

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 4.5.2004

Einstellung im Internet: 3 Tage nach Redaktionsschluss.

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 12 Uhr

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 18 Uhr